

Protokoll

über die Sitzung des **Jugend- u. Sozialausschusses** am Donnerstag, 31.01.2019, 18:00 Uhr, im Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes Nienburger Straße 31, 31535 Neustadt a. Rbge.

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Magdalena Rozanska

Mitglieder

Herr Dr. Ulrich Baulain
Frau Ute Bertram-Kühn
Herr Michael Homann
Frau Magdalena Itrich
Herr Klaus Kosellek
Frau Christine Nothbaum
Herr Matthias Rabe
Frau Lea-Mara Sommer
Frau Anja Sternbeck

Vertreter/innen

Herr Björn Niemeyer (Vertretung für Frau Monika Strecker)

Verwaltungsvorstand

Frau Annette Plein (Fachbereichsleitung 2)
Herr Maic Schillack (Erster Stadtrat, Fachbereichsleitung 1)

Beratende Mitglieder

Herr Jean-Claude Cousin-Sauer
Herr Jonas Iseke
Herr Hans-Jürgen Kretz
Frau Reside Ötles
Herr Heinrich Schmidt

Gäste

Gäste Frau Inga Heidemann (Sozialarbeiter)
Frau Heidrun Hoffmann (Sozialarbeiter)
Herr Andre Tantzsch (Sozialarbeiter)

Frau Ann-Kathrin Fortmann (Geschäftsführerin KLAX
Niedersachsen gGmbH)

Verwaltungsangehörige/r

Frau Sophie-Maria Gerke (Fachdienst Soziale Arbeit, Protokoll)
Frau Ute Kemmer (Fachdienstleitung Soziale Arbeit)
Herr Sebastian Pinne (Fachdienst Soziales, Protokoll)
Frau Martina Wilhelms (Fachdienstleitung Kinder und Jugend)

Zuhörer/innen

Herr Günter Hahn

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:35 Uhr

Tagesordnung:

Vorlagen Nr.

- | | | |
|------|---|-------------------|
| 1. | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung | |
| 2. | Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 08.11.2018 | |
| 3. | Berichte und Bekanntgaben | |
| 3.1. | Sitzungstermine 2019 | 2018/312 |
| 4. | Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes | |
| 5. | Vortrag Senioren- und Pflegestützpunkte Niedersachsen (SPN) | |
| 6. | Vorstellung des Fachdienstes 52 "Soziale Arbeit" | |
| 7. | Vorstellung des Konzepts - "Kommunale Schulsozialarbeit an Neustädter Schulen" | |
| 8. | Bildungslandschaft West | 2018/190 |
| 9. | Betreuung in Kindertagesstätten und -tagespflege in der Stadt Neustadt a. Rbge. ab 2018 | 2018/208/1 |
| 10. | Schaffung von zusätzlichen Betreuungsplätzen in der Kita Mariensee durch die Ev.-luth Kirchengemeinde Mariensee, Investitionskostenzuschuss | 2019/003 |
| 11. | Anfragen | |

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Frau Rozanska eröffnet die Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses um 18:00 Uhr, begrüßt die Anwesenden, wünscht allen ein frohes und gesundes neues Jahr und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Jonas Iseke beantragt den Tagesordnungspunkt 11 „Umzug der Kita „Purzelbaum“ in Trägerschaft der KLAX Niedersachsen GmbH“ in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu verschieben, da die Anlage der Drucksache nichtöffentlich ist.

Der Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen angenommen.

Herr Schillack beantragt die Vertagung des Tagesordnungspunktes 8 „Bildungslandschaft West“, damit mit allen Akteuren gesprochen werden kann.

Frau Sternbeck fragt, wann der Tagesordnungspunkt erneut auf der Tagesordnung steht.

Herr Schillack antwortet, dass er anstreben wird, den Tagesordnungspunkt bei der nächsten Sitzung des Schulausschusses erneut einzubringen.

Frau Itrich fragt, ob der Tagesordnungspunkt auch wieder im Jugend- und Sozialausschuss eingebracht wird.

Herr Schillack antwortet, dass er versuchen wird, den Tagesordnungspunkt in der Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses am 07.05.2019 einzubringen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

2. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 08.11.2018

Der Jugend- und Sozialausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über die Sitzung am 08.11.2018 wird bei einer Enthaltung genehmigt.

3. Berichte und Bekanntgaben

Berichte und Bekanntgaben sind nicht vorhanden.

3.1. Sitzungstermine 2019

2018/312

Die Vorlage wird vom Jugend- und Sozialausschuss ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

4. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes

- a) Herr Klaus Vogt fragt nach den Möglichkeiten für eine Förderung durch die Stadt Neustadt a. Rbge. oder die Region Hannover für den weiteren Ausbau des Kindergartens in Stöckendrebber. Er fragt weiterhin nach den Kommunikationsmöglichkeiten mit den zuständigen Angehörigen der Stadt.

Herr Schillack schlägt eine Kommunikation via E-Mail, per Telefon oder in einem Termingespräch vor.

Die Stadt müsse zunächst die Betriebsgenehmigung für die geplante Einrichtung erhalten, dann würde ein Mietvertrag mit der Stadt erstellt. Dessen Inhalte würden bilateral besprochen.

- b) Herr Nebel-Engelhaus fragt in seiner Funktion als Vorsitzender des Dorfgemeinschaftshauses Stöckendrebbers nach dem Zeitplan für die Einrichtung eines Kindergartens und fragt weiterhin an, ob eine vorübergehende Nutzung des Dorfgemeinschaftshauses als Kindergarten gewünscht sei.
Frau Wilhelms antwortet, dass begrüßt würde, wenn das Dorfgemeinschaftshaus als Kindergarten genutzt würde, dass jedoch vorab geklärt werden müsse, ob die Voraussetzungen für eine derartige Nutzung erfüllt seien.
Sie verweist auf den gemeinsamen Termin mit Frau Tellbach vom Landesjugendamt am 14.02.2019, bei dem Fragen geklärt werden können.
- c) Herr Helmut Vogt fragt, ob die Kosten bei einer Betreuung des Kindes durch die Tagesmutter im Falle einer Absage für einen Kindergartenplatz durch die Stadt übernommen würden.
Frau Wilhelms bejaht die Frage.
- d) Frau Struckmann fragt bezüglich der Möglichkeiten des Ausbaus des Kindergartens in Schneeren und gibt an, dass die Eltern bereit seien einen Ausbau zu unterstützen.
Herr Schillack erklärt, dass grundsätzlich kurzfristige Lösungen unterstützt würden und er heute eine Ideensammlung aus Schneeren erhalten habe. Diese soll zeitnah besprochen und abgestimmt werden.
- e) Frau Nebel-Engelhaus gibt zur Kenntnis, dass eine Unterschriftenliste für die Einrichtung eines Kindergartens in Stöckendrebber mit ca. 500 Unterschriften erstellt wurde. Sie gibt außerdem an, dass für den Kindergarten in Stöckendrebber ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung stünde.
Frau Wilhelms nimmt die Unterschriftenliste entgegen.

5. Vortrag Senioren- und Pflegestützpunkte Niedersachsen (SPN)

Von 18:22 Uhr bis 18:46 Uhr halten Frau Priebe und Herr Gapski von der Region Hannover einen Vortrag über die Pflegesituation in der Region Hannover und Neustadt a. Rbge. (s. Anlage 1).

Frau Itrich fragt nach der Auslastung der stationären Pflegeeinrichtungen in Neustadt.
Herr Gapski erklärt, dass ihnen lediglich Auswertungsergebnisse aus dem Jahr 2015 vorlägen. Damals habe die Quote in der gesamten Region Hannover bei 85 Prozent gelegen. Inzwischen gäbe es jedoch lokale Engpässe. Die damalige Auslastungsquote lag in Neustadt bei 87,4 Prozent.

Frau Sternbeck fragt nach Fördermöglichkeiten für die offene Altenpflege und Mittagstische.

Frau Priebe antwortet, dass mehrere Förderprogramme in verschiedenen Ministerien angesiedelt seien. Genauere Details könnten beim Senioren- und Pflegestützpunkt Niedersachsen erfragt werden.

Herr Niemeyer fragt, ob es kombinierte Pflegeeinrichtungen, die teilstationäre und stationäre Pflege anbieten würden, im Umland gäbe.

Frau Priebe kann dazu keine gesicherten Zahlen vorlegen, äußerte jedoch den Wunsch, dass die Kommunen gemeinsam Bedarfe ermitteln, damit nicht ausschließlich stationäre Pflegeeinrichtungen entstünden, sondern mehr Angebote zur Tagespflege sowie teilstationären Pflege.

Frau Bertram-Kühn sieht die strengen Auflagen, aufgrund der Gesetzeslage für solche Einrichtungen als Hemmnis.

Frau Priebe merkt dazu an, dass die Auflagen für stationäre Einrichtungen ebenfalls streng seien. Der nächste Pflegebericht soll voraussichtlich im Jahr 2021 erscheinen.

6. Vorstellung des Fachdienstes 52 "Soziale Arbeit"

Die Fachdienstleiterin des neuen Fachdienstes Soziale Arbeit, Frau Kemmer, hält von 18:53 Uhr bis 19:12 Uhr einen Vortrag, in dem sie den neuen Fachdienst vorstellt (**s. Anlage 2 und 3**).

Frau Itrich fragt, ob das Angebot der offenen Tür im Jugendhaus genutzt wird und wie sinnvoll eine Ausweitung des Angebots erscheint.

Frau Kemmer gibt an, dass das Angebot gut angenommen werde und eine Ausweitung erfahrungsgemäß keinen Sinn mache, da beispielsweise an den Wochenenden kein Bedarf bestünde.

Herr Iseke fragt, ob es möglich sei geschlechter- bzw. altersspezifische Angebote wahrzunehmen, wenn man nicht zur Zielgruppe gehöre.

Frau Kemmer erklärt, dass das grundsätzlich möglich sei, dass es sich dabei aber um Einzelfallentscheidungen handelt.

Bezüglich der Anfrage von Frau Sternbeck zum weiteren Vorgehen nach Auslaufen der Stellen der SchulsozialarbeiterInnen Ende 2019 verweist Frau Kemmer auf den Tagesordnungspunkt 7.

7. Vorstellung des Konzepts - "Kommunale Schulsozialarbeit an Neustädter Schulen"

Vortrag von 19:13 Uhr bis 19:42 Uhr durch die SchulsozialarbeiterInnen Frau Heidemann, Herrn Tantzsch und Frau Hoffmann (**hierzu Anlage 4**).

Frau Itrich merkt an, dass sie die kommunale Schulsozialarbeit als sehr wichtig erachtet.

Herr Kretz plädiert für unbefristete Arbeitsverträge der kommunalen SchulsozialarbeiterInnen, da diese eine wichtige Rolle in der täglichen Arbeit mit den SchülerInnen und Familien spielen würden.

Herr Schillack bittet um die Berücksichtigung der kommunalen Schulsozialarbeit in der Haushaltsberatung. Er weist darauf hin, dass die Arbeit ausgesprochen wichtig sei und in diesem Fall nicht ausschließlich über finanzielle Aspekte, sondern auch über den Nutzen diskutiert werden solle.

Frau Sternbeck fragt nach, ob eine Empfehlung für die kommunale Schulsozialarbeit ausgesprochen werden kann.

Frau Plein antwortet hierauf, dass eine Vorlage zum Thema kommunale Schulsozialarbeit geplant sei.

Herr Niemeyer merkt an, dass die CDU-Fraktion die Arbeit der kommunalen SchulsozialarbeiterInnen für wichtig hält und versuchen wird, diese aufrecht zu erhalten.

Frau Rozanska erklärt, dass die SPD-Fraktion die Arbeit ebenfalls als wichtig erachtet und zeitnah eine positive Entscheidung herbeiführen möchte.

8. Bildungslandschaft West

2018/190

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Antrag von Herrn Schillack einstimmig abgesetzt. Er soll bei der Sitzung am 07.05.2019 erneut eingebracht werden.

9. Betreuung in Kindertagesstätten und -tagespflege in der Stadt Neustadt a. Rbge. ab 2018

2018/208/1

Frau Sternbeck möchte eine Begründung für die Streichung der Sätze zwei und drei auf Seite zwei der Drucksache. Sie sieht einen Nachteil für die Stadt, wenn die Sätze gestrichen werden.

Frau Rozanska erklärt, dass eine festgelegte Mindestgröße von zwei Gruppen pro Kita einen Nachteil ergeben, da sehr kleine Einrichtungen dann nicht zugelassen werden könnten, weshalb die Streichung der beiden Sätze sinnvoll sei. Bei eingruppigen Kitas bestünde jedoch die Gefahr, dass diese geschlossen werden müssten, wenn eine Fachkraft ausfallen würde. Bei zweigruppigen Einrichtungen würde mehr Personal zur Verfügung stehen.

Herr Niemeyer begründet die Streichung der Sätze ebenfalls mit der Möglichkeit, dass auch sehr kleine Einrichtungen zugelassen werden können.

Herr Schillack erläutert, dass die als Absatz 9 hinzugefügte Regelung der vorrangigen Vergabe von neugebauten Kitas an freie Träger dem Subsidiaritätsprinzip entspreche.

Die Streichung der Regelung bezüglich einer Vorhaltung von zehn Prozent mehr Plätzen in Krippen und Kindergartengruppen als rechnerisch nötig (Seite 8, Absatz 2) begründet Frau Wilhelms wie folgt: Derzeit bestünde ein eklatanter Mangel an Plätzen, weshalb dieser Puffer derzeit nicht realistisch sei.

Herr Schillack weist darauf hin, dass die Möglichkeiten des im letzten Absatz auf Seite elf genannten Ausbaus der Kindertagespflege begrenzt seien, da wenig personelle Ressourcen zur Verfügung stünden.

Herr Niemeyer merkt abschließend an, dass eine Balance zwischen Qualität und Quantität wichtig sei. Er erachtet das Konzept als relevant, insbesondere in Bezug auf Qualitätsstandards und Personalgewinnungsstrategien. Weiterhin ist er der Meinung, dass Horts erhalten bleiben sollten, da diese sehr wichtig seien.

Es handele sich bei diesem Konzept um eines mit einigen Investitionen. Er stellt klar, dass auch die Einrichtungen, die in dem Konzept nicht genannt wurden, auf Investitionen hoffen können.

Daraufhin erklärt der Jugend- und Sozialausschuss die Beschlussvorlage einstimmig als behandelt.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. beschließt das als Anlage 1 beigefügte Konzept aus der Bezugsvorlage 2018/208 als mittelfristige Handlungsrichtlinie.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt und ermächtigt, die Umwandlung von Kindertagesstätten-, Krippen- oder Hortplätzen bzw. die Einrichtung von zusätzlichen und die Schließung von bestehenden Gruppen in vorhandenen Einrichtungen nach Maßgabe der im jeweiligen Haushaltsjahr zur Verfügung gestellten Finanzmittel durchzuführen. Über die Entwicklung wird einmal jährlich im Jugend- und Sozialausschuss berichtet.
3. Die Errichtung von Kindertagesstätten an neuen Standorten bzw. die Schließung kompletter Kindertagesstätten sind per Beschlussvorlage einzubringen.
4. Eine angemessene Beteiligung der freien Träger bei der Umsetzung des Konzeptes ist durch den Bürgermeister zu gewährleisten.
5. Der Beschluss des Rates der Stadt Neustadt a. Rbge. zur Hortbetreuung in der Stadt Neustadt a. Rbge. (DS 178-1/2011) wird aufgehoben.
6. Der Bürgermeister wird beauftragt, ein Gesamtkonzept für Familienzentren in der Stadt Neustadt a. Rbge. zu entwickeln.

10. Schaffung von zusätzlichen Betreuungsplätzen in der Kita Mariensee durch die Ev.-luth Kirchengemeinde Mariensee, Investitionskostenzuschuss

2019/003

Frau Bertram-Kühn bemängelt, dass nicht ausreichend Zeit zur Besprechung der Beschlussvorlage vorhanden gewesen sei, da es sich um eine Tischvorlage handele, die sie erst zu Beginn der Sitzung erhalten habe.

Frau Rozanska weist darauf hin, dass die Beschlussvorlage bereits seit einiger Zeit online einsehbar sei.

Frau Bertram-Kühn gibt an, dass sie diese Beschlussvorlage nicht habe einsehen können und sich deshalb der Abstimmung enthalten wolle, da sie noch keine Gelegenheit zur Besprechung mit ihren FraktionskollegInnen gehabt habe. Sie sehe bei einer Investitionssumme von 840.000 EUR noch Abstimmungsbedarf.

Herr Niemeyer merkt an, dass die CDU-Fraktion den Beschlussvorschlag unterstützt.

Daraufhin erklärt der Jugend- und Sozialausschuss die Beschlussvorlage bei einer Enthaltung als behandelt.

Beschluss:

- 1) Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. stimmt den Planungen der Ev.-luth. Kirchengemeinde Mariensee zur Erweiterung des Kita-Gebäudes um zwei Gruppen und einen Bewegungsraum zu. Damit werden je 20 zusätzliche Krippen- und Kindergartenplätze geschaffen.
- 2) Die Ev.-luth. Kirchengemeinde Mariensee wird für die aus Anlass der Schaffung von Krippen- und Kindergartenplätzen und eines Bewegungsraumes entstehenden Investitionen ein Investitionskostenzuschuss gewährt und zwar für
 - a) die bauliche Erweiterung,
 - b) Einrichtung und Ausstattung und betriebliche Einbauten für die neuen Räume.
- 3) An die Stadt Neustadt a. Rbge. zu diesem Zweck ausgezahlte Fördergelder des Landes werden an die Ev.-luth. Kirchengemeinde Mariensee weiter geleitet.

11. Anfragen

Herr Kretz fragt an, wer die Zusagen für einen Kindergartenplatz verschicke.

Frau Wilhelms erklärt, dass Zusagen von den Kindergärten und Absagen von der Stadt Neustadt a. Rbge. verschickt würden.

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Frau Rozanska den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:05 Uhr.

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Protokollführer

Neustadt a. Rbge., 04.03.2019